

**Bezirklicher Aktionsplan Inklusion**

05.Mai 2015

Am 13.03. 2014 wurde die Verwaltung mit dem folgenden Antrag beauftragt einen bezirklichen Inklusions-Aktionsplan aufzustellen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich der Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur sowie der Gestaltung von Einrichtungen für die Allgemeinheit (Veranstaltungsräume, Verwaltung, Freizeiteinrichtungen, etc.), einen bezirklichen Inklusions-Aktionsplan vorzustellen.

**Begründung:**

Auf der Ebene der Kommune hat die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine zentrale Bedeutung. Hier wird über die Teilhabemöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger der Stadtgesellschaft aufgrund konkreter Maßnahmen entschieden.

In der Verwaltung wurden mittlerweile die organisatorischen und personellen Voraussetzungen geschaffen, um ein inklusives Gemeinwesen strategisch zu planen und fachübergreifend zu kommunizieren. Die Partizipation der Betroffenen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung eines entsprechenden Aktionsplans.

Die Bezirksvertretung Mitte kann hier als Akteur für die Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur eine bedeutende Rolle spielen. Bezirksvertreter sind häufig die ersten Ansprechpartner und sind seit Jahren im Stadtbezirk aktiv.

Einen gleichlautenden Antrag stellte DIE LINKE. gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Hamborn

Am 04.05.2015 wurde von der Verwaltung, in Bezug auf die oben genannten Anträge, folgende Mitteilungsvorlage vorgelegt:

**Ausgangssituation**

Die Verwaltung wurde seitens der Bezirksvertretung Hamborn beauftragt, für den Bereich der Gestaltung einer barrierefreien Infrastruktur sowie der Gestaltung von Einrichtungen für die Allgemeinheit (Veranstaltungsräume, Verwaltung, Freizeiteinrichtungen etc.) einen bezirklichen Inklusions-Aktionsplan aufzustellen. Seitens der Bezirksvertretung Mitte wurde der gleichlautende Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt.

**Sachstand**

Die Erstellung eines (bezirklichen) Inklusions-Aktionsplans für die Stadt Duisburg kann nur unter Einbeziehung der Ergebnisse des für dieses Jahr zu erwartenden Sozialberichtes „Teilhabecheck zu den Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Duisburg“ des Amtes für Soziales und Wohnen (siehe Drucksache-Nr. 13-0654) erfolgen.

Der kommende Sozialbericht wird aufzeigen, in welchen Lebenslagen (z. B. bei Bildung und Ausbildung, bei Erwerbsarbeit und Einkommen, bei Freizeit, Kultur und Sport oder aber auch bei der alltäglichen Lebensführung) Handlungsbedarf besteht. Auf dieser Basis kann anschließend die Erstellung eines gesamtstädtischen Inklusions-Aktionsplans einschließlich bezirklicher Inklusions-Aktionspläne erfolgen.

Das Referat für Gleichberechtigung und Chancengleichheit (OB-3) schlägt vor, alle Stadtbezirke in das Projekt der Erstellung eines gesamtstädtischen „Aktionsplans für die Stadt Duisburg auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)“ und der Erstellung bezirklicher Inklusions-Aktionspläne zu integrieren.

...

Bei der Erstellung eines gesamtstädtischen „Aktionsplans für die Stadt Duisburg auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)“ sind viele Einzelschritte zu berücksichtigen:

1. Bestandsaufnahme Inklusion / Sozialbericht 2014: „Teilhabecheck zu den Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Duisburg“
2. Auswertung des Sozialberichtes 2014 unter der Perspektive der Entwicklung konkreter Einzelmaßnahmen heruntergebrochen auf z.B. bezirkliche Besonderheiten (Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Duisburg)
3. Konzeptentwicklung „Aktionsplan für die Stadt Duisburg auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)“ unter Einbeziehung bezirklicher Inklusions-Aktionspläne: Gewährleistung des Aspektes der Partizipation laut Vorgabe der UN-BRK, Artikel 4 Allgemeine Verpflichtungen, Absatz 3 (Einbindung aller Betroffenen, Interessierten, Politik, Verwaltung etc. als inklusiver Bestandteil eines gesamtstädtischen Inklusions-Aktionsplans für die Stadt Duisburg)
4. Zusammenfassung der Ergebnisse in einem einheitlichen Gesamtkonzept
5. Ratsbeschluss zu einem „Aktionsplan für die Stadt Duisburg auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)“

Insofern erfordert die Umsetzung hin zu einem inklusiven Gemeinwesen eine (zeit-)intensive Auseinandersetzung mit dem Thema. Bezüglich der Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus einem solchen Inklusions-Aktionsplan ist ein entsprechendes Verfahren im Sinne von Controlling, Monitoring und Evaluation aufzubauen. Darüber hinaus sind geeignete Maßnahmen zur Fortschreibung der Strukturdaten aus dem Sozialbericht 2014 zu treffen.

Mit dem kommenden „Aktionsplan für die Stadt Duisburg auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)“ wird der bereits in Gang gesetzte Inklusionsprozess unterstützt; denn bereits heute wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe der Menschen mit Behinderung erarbeitet oder bereits umgesetzt, die später in den Aktionsplan einfließen sollten. Erste Schritte zu einer inklusiven Duisburger Gesellschaft sind aktuell die Erstellung des Sozialberichts (Mitwirkung OB-3) und das im Rahmen der Arbeit zur Neuausrichtung der Bildungsregion Duisburg (siehe Drucksache-Nr. 15-0361) eigens eingerichtete Handlungsforum „Duisburg wird inklusive Bildungsstadt“ (Federführung: Amt für Schulische Bildung und OB-3). Aufgrund der umfangreichen Thematik und der gesellschaftlichen Bedeutung wird OB-3 ein spezielles Konzept zur Abarbeitung der einzelnen Themenkomplexe unter Berücksichtigung der Vorgaben der UN-BRK entwickeln. Die politischen Gremien werden regelmäßig informiert.

#### **Fazit:**

Im Zuge der Erstellung eines gesamtstädtischen „Aktionsplans für die Stadt Duisburg auf der Basis der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)“ müssen vor dem oben genannten Hintergrund auch Handlungsempfehlungen für die einzelnen Stadtbezirke integriert werden:

Um dies zu erreichen,

- muss eine weitergehende Analyse der Situation der Menschen mit Behinderung auf bezirklicher Ebene erfolgen,
- müssen gegebenenfalls weitere Handlungsfelder festgelegt und Handlungsstrategien bzw. Handlungsempfehlungen entwickelt werden,
- sind die Menschen mit Behinderung in die Evaluation und Entwicklung von Handlungsbedarfen einzubeziehen,
- muss eine Zusammenfassung der bezirksbezogenen Ergebnisse erfolgen.

**Beratungsergebnis: Angenommen**

**Künstlerquartier für die Duisburger Altstadt**

05. August 2015

Wir bitten die Verwaltung zu **prüfen**, ob unter Einbeziehung des Quartiersmanagements in der Duisburger Altstadt eine Wohnmöglichkeit für eine Künstlerin oder einen Künstler zur Verfügung gestellt werden kann, die / der sich im Rahmen der Quartiersentwicklung Altstadt einbringen möchte.

**Begründung:**

Das Projekt, KünstlerInnen kostengünstigen bzw. kostenlosen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und sie gleichzeitig in die Entwicklung eines Stadtteils mit einzubeziehen wurde im Duisburger Dreigiebelhaus über Jahre praktiziert. Die Einbeziehung ist eine Chance, die Entwicklung im Altstadtquartier kulturell zu begleiten und die Arbeit des Quartiersmanagement zu unterstützen.

**Beratungsergebnis: Zurückgezogen****WLAN in den Sitzungssälen des Rathauses  
Hamborn**

23. September 2015

Die Verwaltung wird aufgefordert in den Sitzungssälen des Bezirksrathauses Hamborn eine W-LAN Verbindung einzurichten. Dabei soll der Zugang zum WLAN wie im Rathaus am Burgplatz in Duisburg erfolgen.

**Begründung:**

Inzwischen gibt es viele Mandatsträger, die auch aktuelle Informationen vor oder während der Sitzungen über Laptop, Tablet oder Smartphone im Internet recherchieren. Nach anfänglichen Problemen läuft das im Rathaus am Burgplatz nach dem Ausbau vor ein paar Wochen inzwischen problemlos. Hier hat die Verwaltung die Stadtwerke dazu ins Boot geholt. Dies wäre auch für Hamborn eine Option, alternativ käme aber auch Freifunk als Partner infrage.

In übrigen stellten SPD und Linke mit DS 14-0251 bereits auf der Sitzung im März 2014 einen Antrag dazu, der damals mehrheitlich angenommen wurde.

Weitere Begründung ggf. mündlich.

Herbert Fürmann  
Fraktionsvorsitzender LINKE/Grüne  
in der Bezirksvertretung Hamborn

**Beratungsergebnis: Angenommen**

**Beleuchtung auf dem Bolzplatz**

01. Oktober 2015

**Die Bezirksvertretung möge beschließen:**

Die Stadtwerke Duisburg als Investor und die Wirtschaftsbetriebe Duisburg als Betreiber werden gebeten in den Abendstunden der „dunklen Jahreszeit“ für eine ausreichende Beleuchtung auf dem Bolzplatz unter der BAB 59 / Nummericher Platz in Untermeiderich Sorge zu tragen.

**Begründung:**

Neben den Besuchern des Bolzplatzes hat sich hier seit Anfang des Jahres ein regelmäßiger täglicher Treff einer „Freeletics“- Sportgruppe etabliert.

Bei fehlender Beleuchtung müssten diese Aktivitäten im Winter zum Erliegen kommen.

Es wäre sehr bedauerlich wenn dieser kostenlosen und niederschweligen sportlichen Tätigkeit, insbesondere für Jugendliche in Meiderich, die mit minimalen Folgekosten auskommen könnte, die Basis entzogen würde.

Nähere Begründung erfolgt ggf.mündlich.

**Beratungsergebnis: Angenommen**

**Keine weiteren Pegida Demonstrationen am Bahnhofsvorplatz**

12. Oktober 2015

**Die Verwaltung wird beauftragt**, auf das Polizeipräsidium / die zuständigen Stellen politisch, aus demokratischen Erwägungen heraus, einzuwirken, mit dem Ziel, die all montäglichen Demonstrationen der rassistischen und fremdenfeindlichen Pegida Bewegung am Bahnhofsvorplatz zu unterbinden.

**Begründung:**

Es ist für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt unerträglich, dass Pegida NRW Montag für Montag ungehindert rassistische Reden an so einem zentralen Ort in unserer Stadt führen kann, ein Schlag ins Gesicht derjenigen Menschen, die es mit der Willkommenskultur ernst meinen. Dieser Platz war ursprünglich der, an dem sich die Gegendemonstrant\_innen seit Monaten versammelt hatten. Sie wurden von dort vertrieben und zu "ihrer Sicherheit" immer weiter abgedrängt. Die Gefährdung dieser Sicherheit, eine Gruppe gewaltbereiter HogeSa (Hooligans gegen Salafisten), trifft sich weiterhin "friedlich" und unbehelligt auf dem Platz. Es kann nicht sein, dass die Rassisten, die sich wöchentlich aus ganz NRW in unserer Stadt versammeln, diesen zentralen Ort zur Verfügung gestellt bekommen. Es gibt Plätze die dezentral liegen, an denen Pegida demonstrieren kann, um die Versammlungsfreiheit zu gewährleisten.

**Beratungsergebnis: Abgelehnt**

**Aufstellung eines „Willkommenszeltes“ für Flüchtlinge auf dem Bahnhofsvorplatz**

12. Oktober 2015

**Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen**, ob die Möglichkeit besteht, auf dem Bahnhofsvorplatz ein Zelt aufzustellen, welches jeden Montagabend dazu verwendet wird, geflüchteten Menschen Informationen bzgl. der professionellen und ehrenamtlichen Hilfsangebote in der Stadt Duisburg zu geben.

**Begründung:**

Ein sogenanntes „Willkommenszelt“ an diesem exponierten Platz der Stadt Duisburg, ist ein klares Signal, dass Flüchtlinge in Duisburg willkommen sind. Außerdem kann die vielbeschworene Willkommenskultur hierdurch praktisch gelebt und in die Tat umgesetzt werden. Darüber hinaus liefert ein Beratungsangebot den Flüchtlingen wichtige Informationen und eine Anlaufstelle bei Problemen und Fragen. Nicht zuletzt könnte durch das Aufstellen eines Willkommenszeltes, speziell an den Montagen, verhindert werden, dass den Rassisten von Pegida dieser zentrale Ort für ihre Demonstrationen zur Verfügung steht.

**Beratungsergebnis: Angenommen****Anträge der Fraktionen GRÜNE/DIE LINKE und SPD an die Bezirksvertretung Hamborn**

10. März 2016

**Prüfantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE/Die Linke in der Bezirksvertretung Hamborn; hier: Passierbarkeit des Gehweges Geeststr. in Höhe Kita St. Joseph**

Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, inwiefern die fußläufige Sicherheit auf dem genannten Gehwegabschnitt noch gegeben ist und inwiefern eine eventuelle Gefährdung durch entsprechende Maßnahmen beseitigt werden kann. Möglichst sollte dies unter Beibehaltung des dortigen Baumbestandes geschehen.

**Begründung**

Auf dem genannten Straßenabschnitt (Geeststr; in Höhe der Kita St. Joseph in Duisburg-Hamborn) stellt sich der Gehweg so schmal dar, dass eventuell gehbehinderte Menschen mit Hilfsmitteln (Rollatoren u.ä.) und Familien mit Kinderwagen oft nur unter Mitbenutzung der Fahrbahn zu der genannten Einrichtung gelangen.

**Prüfantrag der Fraktion GRÜNE/Die Linke und der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Hamborn; hier: Parksituation Walther Rathenau Berufskolleg**

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach einer Lösung der Parkraumsituation rund um das Schulzentrum Robert-Bosch- und Walther Rathenau-Berufskolleg zu suchen. Dabei soll explizit auch der Parkplatz an der ehemaligen Rhein-Ruhr-Halle wieder einbezogen werden. Um eine Vermüllung des Parkplatzes in den Nachtstunden zu verhindern, sollen die Schulen aufgefordert werden, den Schlagbaum an der Parkplatzeinfahrt jeden Abend wie ihr eigenes Schulgebäude und -grundstück nach Schulschluss zu schließen.

**Begründung:**

Begründung ggf. mündlich.

...

**Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE/Die Linke in der Bezirksvertretung Hamborn hier: Beschilderung der Musik- und Kunstschule Hamborn**

Die Verwaltung wird beauftragt, aus Fußmarschrichtung Hamborner Altmarkt, aus Richtung „ehemaliges Gesundheitsamt“ sowie im Zuge der Wegführung Alleestraße in Richtung Viktoriastraße für eine Orientierungsbeschilderung zu sorgen, aus der deutlich die Existenz der Musik- und Kunstschule und die Wegfindung zum Gebäude der Schule hervorgehen.

**Begründung:**

Aus der momentanen Beschilderung geht nicht eindeutig hervor, wie Besucherinnen und Besucher der Musik- und Kunstschule zum Gebäude der Schule gelangen. Dies hat in der Vergangenheit zu Orientierungsproblemen geführt.

Im Übrigen enthält die jetzige Beschilderung noch immer die alte Bezeichnung „Niederrheinische Musik- und Kunstschule“.

Eine auch für den Bezirk Hamborn so wichtige kulturelle Einrichtung wie die MKS sollte gut aufzufinden und mit dem korrekten Namen versehen sein.

**Prüfantrag der Fraktion GRÜNE/Die Linke und der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Hamborn; hier: Parksituation Schulzentrum Obermarxloh und Jobcenter**

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah nach Lösungsmöglichkeiten für die unzu-längliche Parkraumsituation rund um das Schulzentrum Robert-Bosch- und Walther Rathenau-Berufskolleg zu suchen. Dabei soll explizit auch der Parkplatz an der ehe-maligen Rhein-Ruhr-Halle wieder einbezogen werden. Nach dem „Aus“ für das FOC dürfte es noch einige Zeit dauern, bis alternative Pläne für das Gelände der Rhein-Ruhr-Halle und des alten Stadtbads umgesetzt werden. Das Gelände sollte so lange einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Dabei ist selbstverständlich auch das Problem der vorwiegend nächtlichen Müllablagerung zu berücksichtigen und geeig-nete Maßnahmen zu deren Verhinderung zu ergreifen. Auch eine Bewirtschaftung des Parkplatzes sollte in Erwägung gezogen werden.

2. Ebenfalls soll die Verwaltung Vorschläge zur Lösung des Parkchaos beim Jobcenter erarbeiten und der Bezirksvertretung vorlegen. Das Jobcenter hat keine eigenen Kundenparkplätze. Der große Parkplatz hinter dem Gebäude gehört offenbar dem im Hause ansässigen Restaurant und ist durch eine Schranke gesichert und während der Öffnungszeiten des Jobcenter geschlossen. Eine Möglichkeit könnte sein, dass der Oberbürgermeister das Jobcenter auffordert, die vorhandenen Parkplätzen auch für die Kunden freizugeben. Kunden des Jobcenters versuchen derzeit, auf dem Kaufland-Gelände zu parken. Ak-tuell beschäftigt Kaufland morgens eine Security, die Besucher des Jobcenters vom Kaufland Parkplatz verjagt.

**Begründung:**

Rund um das Schulzentrum und in den angrenzenden Wohngebieten sowie auf den Park-plätzen des Einzelhandels suchen die Besucher des Schulzentrums tagtäglich nach Park-möglichkeiten. Anwohner haben während der Schulzeiten kaum noch die Möglichkeit, ihr Auto in Wohnungsnähe abzustellen. Eine so große Institution wie das Jobcenter mit derart vielen Besuchern muss neben PKW-Stellplätzen für seine Beschäftigten auch Parkplätze für seine Kunden bereitstellen, vor allem wenn diese hinter dem Gebäude in Massen vorhanden sind. Im Endeffekt hat sich der Kaufland Parkplatz zum zentralen Parkplatz der ganzen Umgebung entwickelt, was kein haltbarer Zustand ist. Weitere Begründung ggf. mündlich.

...

**Prüfantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE/Die Linke in der Bezirksvertretung Hamborn****hier: Anwohnerparken auf der Reichenberger Straße in Duisburg-Hamborn**

Die Verwaltung wird gebeten, zu überprüfen, inwieweit die Möglichkeit besteht, auf der Reichenberger Str. in 47166 Duisburg-Hamborn das „Anwohnerparken“ zu ermöglichen. Insbesondere ist zu prüfen, welche Kosten durch eine solche Maßnahme den Anwohnern entstehen können. Diese bitten wir, ebenfalls der BV mitzuteilen.

**Begründung:**

Auf der Reichenberger Str. in Duisburg-Hamborn herrscht Parkraumknappheit. Durch Ortsbegehung und Anwohnerangaben hat die BV Kenntnis, dass auch durch Parken der Gäste eines dort ansässigen Gastronomiebetriebes die Situation noch verschlimmert wird. Folgen sollen laut Anwohnerangaben u.a. das Wegstellen von Mülltonnen zum Zwecke des „besseren Parkens“ sein, so dass diese oft nicht entsorgt werden können.

**Prüfantrag der Fraktion GRÜNE/Die Linke und der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Hamborn;****hier: Verkehrssituation Marxloh**

Die Verwaltung wird aufgefordert, zeitnah die Beschilderung am nördlichen Eingang von Marxloh endlich an die Situation der inzwischen nicht mehr so neuen Umfahrungsstraße (Willy-Brandt-Ring) anzupassen. An der (nördlichen) Einmündung des Willy-Brandt-Rings in die Weseler Straße sollte daher besser auf die angedachte Hauptverkehrsführung hingewiesen werden. Alle Fahrziele außer Marxloh (Alt-Hamborn, Meiderich und auch der Weg zur Autobahn) sollten per eindeutiger Wegweisung über die Umfahrungsstraße geleitet werden. Eine Änderung der Vorfahrt in eine abknickende Vorfahrt in den Willy-Brandt Ring könnte die Situation weiter verdeutlichen. Ggfls. ist auch eine Anpassung der Lichtsignalanlage sinnvoll.

**Begründung:**

Autofahrer aus Walsum kommend fahren heute immer noch oft durch die auf einen Fahrstreifen rückgebaute Weseler Straße durch Marxloh, auch wenn ihr Ziel gar nicht in dem Ortssteil liegt. Das liegt u.a. daran, dass nicht ausreichend auf die deutlich günstigere Umfahrmöglichkeit hingewiesen wird. Zwar wird die zur Landstraße 1 rückgestufte ehemalige B 8 über den Willy-Brandt-Ring geleitet. Mangels Ausschilderung einer Landstraße bemerken die Verkehrsteilnehmer das allerdings gar nicht.

Wenn erreicht wird, dass sich weniger Fahrzeuge durch Marxloh quälen, deren Ziel erst hinter der Einmündung Stockholmer Straße liegt, entspannt das den Verkehr auf der Weseler Straße und auch den Rückstau vor der Kreuzung Stockholmer Straße/Willy-Brandt-Ring (Vergl. Antrag Neustrukturierung der Kreuzung Stockholmer Straße/Weseler Straße/Willy-Brandt-Ring).

Wünschenswert wäre auch eine bauliche Umgestaltung der Einmündung, was aber aufgrund der entstehenden Kosten z.Zt. eher utopisch erscheint.

Weitere Begründung ggf. mündlich.

...

**Prüfantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion GRÜNE/Die Linke in der Bezirksvertretung Hamborn; hier: Neustrukturierung der Kreuzung Stockholmer Straße/Weseler Straße/Willy-Brandt-Ring zur Verbesserung des Verkehrsflusses und Abbau des Rückstaus**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit durch Maßnahmen die angespannte Verkehrssituation behoben oder weitestgehend entspannt werden kann. Hierbei sollen verbessernde Maßnahmen innerhalb der vorhandenen Kreuzungsstruktur geprüft werden. Ergänzend zu prüfen ist auch bauliche Umgestaltungen der Verkehrsführung ggfs. unter Einbeziehung der angrenzenden Freiflächen gegenüber der Grillo Verwaltung bzw. am Ende der Lohstraße, da die Firma Grillo, die Eigentümer eines Teils der Freiflächen ist, großes Interesse daran hat, dass die Verkehrsflußsituation an ihrem Verwaltungsgelände sich entspannt.

**Begründung:**

Die Kreuzung Stockholmer Straße/L1 ist die meistbefahrenste Kreuzung im Ortsteil Marxloh und zudem die flächenmäßig Größte. Hier treffen die Umgehungsstraße Marxloh sowie die stark befahrene Duisburger Str. aufeinander. Die Kreuzung verfügt über eine sehr komplex gesteuerte Lichtsignalanlage, die insgesamt 12 Fahrtrichtungsmöglichkeiten von allen Seiten regelt. Zudem wird die Kreuzung im teilweisen Vorrang von der Linie 903 der DVG durchquert. Durch die Ampelschaltung werden diverse, den fließenden Verkehr stark behindernde Situationen geschaffen.

- Aus Richtung Markgrafenstraße kommend in Richtung A59-Hamborn kommt es täglich speziell im Berufsverkehr zu langen Staus auf der Linksabbiegerspur, da durch den gleichzeitig fließenden Gegenverkehr maximal 5 Fahrzeuge pro Lichtsignalphase links abbiegen können. Der Rückstau vor der Lichtsignalanlage übertrifft häufig die vorhandene Linksabbiegerspur, so dass es immer wieder zu kritischen Situationen für den geradeaus fahrenden Verkehr kommt, da unmittelbar am Ende der Linksabbiegerspur zusätzlich die Ausfahrt von der A 59 mündet. Ist die Linksabbiegerspur bereits voll, haben Fahrzeuge, die von der A 59 kommen kaum mehr Möglichkeiten, sich dort einzuordnen.
  - Dieselbe Situation, allerdings nicht ganz so verschärft ergibt sich für Fahrzeuge aus Richtung Willy-Brandt Ring, die links nach Marxloh abbiegen wollen.
  - Aus Richtung Marxloh ergibt sich lichtzeichenbedingt speziell zu Zeiten des Berufsverkehrs ein Stau bis hinter das Pollmannkreuz, von dem auch die Linie 903 betroffen ist, da sie erst ab Dahmannstraße im eigenen Gleisbett fährt. Verschärft wird die Situation noch durch die Verwaltungszufahrt der Firma Grillo auf die L1, in der sich zum Geschäftsschluss regelmäßig Staus auf dem Firmengelände ergeben, da die Fahrzeuge der Verwaltungsmitarbeiter durch den Rückstau nur stark verzögert auf die L1 kommen.
- Weiter verursachen Fahrzeuge, die aus Richtung Hamborn links auf das Verwaltungsgelände abbiegen wollen regelmäßig einen Rückstau, da sie einerseits die Straßenbahngleise überfahren müssen und andererseits der Stau vor der Ampel aus Richtung Marxloh die Firmenzufahrt versperrt.
- Aus Richtung Hamborn kommend ergeben sich für Linksabbieger teilweise massive Verkehrsverzögerungen durch die Vorrangschaltung der DVG, obwohl die Linksabbiegerspur bereits zweispurig zum Willy-Brandt-Ring hin ausgebaut ist. Ursache hierfür ist, dass nach dem Durchfahren der vorrangberechtigten Straßenbahn die Lichtsignalanlage zunächst sämtliche Quer- und Durchfahrtprogramme abspielt, bevor die Linksabbiegerspur frei geschaltet wird.
  - Die DVG befährt die Kreuzung zwar mit ihrer Vorrangschaltung, es kommt aber häufig vor, dass die Bahnen bis zu einer Minute an der Kreuzung selbst stehen, weil zunächst der laufende Querverkehr abgewickelt wird.
  - Wegen der Komplexität der Lichtsignalsteuerung und des Alters der Lichtsignalanlage entstehen zudem hohe Wartungskosten, was durch regelmäßige Präsenz von Wartungsfahrzeugen an den Steuerungskästen sichtbar wird.



**Luftschadstoffmessungen im Bezirk Mitte**

14. Oktober 2016

**Antrag der Fraktion DIE LINKE**

Die Verwaltung wird gebeten, noch vor den bereits beschlossenen Fällungen von 19 Allee - Bäumen in der Koloniestraße (siehe DS 16-0629 vom 03.06.2016) und vor den geplanten Fällungen im Kantpark, die aktuellen Luftschadstoffe (Feinstaub, Stickoxyde usw.) zu prüfen.

In der Koloniestraße sollen die Messungen zwischen Alte Schanze und Grabenstraße erfolgen. Im Kantpark dort, wo nach den Plänen der Verwaltung die meisten Bäume beseitigt werden sollen (im nördlichen Bereich an der Friedrich-Wilhelm-Str. und im südlichen Bereich an der Düsseldorferstr., sowie Ecke Wittekind- und Tonhallenstraße).

Diese Luftschadstoffüberprüfungen sollen dann nach den Baumfällungen im viertel - oder halbjährlichen Rhythmus über mindestens drei Jahre erfolgen und die Ergebnisse sollen der Bezirksvertretung Mitte zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Messungen sollen an der Mercatorstr. in Höhe des Hauptbahnhofes erfolgen.

**Beratungsergebnis: Der geänderte Antrag wurde einstimmig beschlossen.**

## Änderungsantrag zu DS 16-1081: „Straßenbenennung am Bönninger Park“

25. Oktober 2016

**Die Bezirksvertretung möge beschließen:  
Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:**

Beschlussentwurf:

„Im Bereich des Bebauungsplanes-Entwurf Nr.1080, müssen zwei öffentliche Erschließungsstraßen neu benannt werden. Aufgrund der historischen Bedeutung werden die zu benennenden Straßen in

„Anna-Speckbrock-Straße“ und „August-Seeling-Straße“

benannt. Die genaue Lage ist aus dem beiliegenden Lageplan ersichtlich und schraffiert dargestellt.“  
Die Problembeschreibung / Begründung ändert sich wie folgt:

Der Satz

„Auf dem Nachbargelände entstand 1939 die Bonbonfabrik der Firma Kanold. Die neue Straße soll eine Erinnerung an das Unternehmen in Duisburg sein.“,

wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Anna Speckbrock war eine Duisburger Katholikin, die während der Nazi-Diktatur Widerstand leistete und trotz drohender Strafen aktiv Kritik am Nationalsozialismus übte. Diesen Widerstand praktizierte sie besonders an ihrem Arbeitsplatz bei der DEMAG (Duisburg-Hochfeld). In dem Frauengeschichtsbuch „Von Griet zu Emma“, des Referates für Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Stadt Duisburg, heißt es auf Seite 42: „Anna Speckbrock, eine überzeugte Katholikin aus Neudorf, wurde im Spätsommer 1941 von der Gestapo „geholt“: Ein Zellenobmann ihres Betriebs hatte die damals 22jährige Kontoristin denunziert. Ihr „Vergehen“? Sie hatte „auf ihrer Arbeitsstelle bei der DEMAG eine Predigt des Bischofs Clemens August von Galen“ weitergegeben und im Büro vor ihren Arbeitskolleginnen Kritik am Nationalsozialismus geäußert. Sie empörte sich über den verbrecherischen Krieg, die Euthanasiemorde und die Plünderung des jüdischen Eigentums durch den NS-Staat. Vor der Gestapo vertrat die Jungkatholikin, die keiner NS-Gliederung angehörte, offen und selbstbewusst ihre Gesinnung. Unerträglich erschiene ihr, „daß die Geisteskranken jetzt umgebracht würden.“ Sie pries die Unerschrockenheit des Bischofs von Münster, dem sie vertraute: „Einer ist doch noch da, der es wagt, wenigstens den Mund aufzutun.“ Die neue Straße soll eine Erinnerung an die mutige Duisburgerin Anna Speckbrock sein, die trotz zu erwartenden Strafen Widerstand gegen den Nazi-Terror leistete.“

Der Satz

„Aus den vorgenannten Gründen wird vorgeschlagen, dass die neuen Straßen in „August-Seeling-Straße“ und „Kanoldstraße“ benannt werden.“,

wird ersetzt durch den folgenden Satz:

„Aus den vorgenannten Gründen wird vorgeschlagen, dass die neuen Straßen in „August-Seeling-Straße“ und „Anna-Speckbrock-Straße“ benannt werden.“

Der Lageplan wird entsprechend angepasst.

**Beratungsergebnis: Abgelehnt**

**Gemeinsamer Antrag zur Umstrukturierung der Bezirksämter - Antrag der Fraktionen von SPD,CDU, GRÜNE/DIE LINKE sowie Frau Röder(BL) in der Bezirksvertretung Rheinhausen**

31.Oktober 2016

**Die Bezirksvertretung Rheinhausen bittet den Oberbürgermeister,**

1. im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen durch organisatorische, personelle und finanzielle Maßnahmen sicherzustellen, dass die kulturelle Arbeit im Bezirk im gleichen Umfang sichergestellt wird.

2. Hierbei soll insbesondere folgende Aufgaben weiter erfüllt werden:

- Theaterspielzeit in der Rheinhausenhalle mit Konzertdirektion Landgraf
- (Abo-Kartenverkauf und Einzelkartenverwaltung)
- Beteiligung am Rheinhauser Stadtfest
- Friemersheimer Kultursommer (3-tägige Veranstaltung rund um die Dorfkirche)
- Kunstausstellungen im BZA Rheinhausen
- Acht Sonntagskonzerte im Volkspark, Drei Samstagskonzerte
- Prinzen-Empfang des Bürgermeisters zu Karneval im Bezirksamt
- Drei „Hofkonzerte on tour“ – Organisation, Akquise, Öffentlichkeitsarbeit
- Erstellen und Fortführen der „Imagebroschüre“ für den Bezirk Rheinhausen/Rumeln-Kaldenhausen
- Erstellen und Fortführen des bezirklichen Veranstaltungskalenders
- Weihnachtsbaumschmücken mit Kindergärten im Bezirksamt
- Schulraumvermietung (Aulen für z. B. Veranstaltungen oder Theaterproben, Karneval, sonstige Versammlungen)
- Bereitstellung und Aktualisierung der verschiedenen Informations- und Werbematerialien zu Veranstaltungen in Rheinhausen
- Sponsoren-Akquisition - und betreuung für verschiedene Veranstaltungen
- Mitwirkung bei der überbezirklichen Entwicklung des „Kulturentwicklungsplans“
- Netzwerk-Aufbau zur Verfügungstellung von weiteren Auftrittsmöglichkeiten für Konzertveranstalter
- Präsenz und Repräsentanz auf fast allen bezirklichen Kulturveranstaltungen

**Begründung:**

Die geplanten Umstrukturierung im Bereich der Bezirksämter in Duisburg soll eine Zentralisierung des Kulturmanagements der Bezirke bewirken. Diese Zentralisierung ging anheim mit dem Versprechen des Oberbürgermeisters, dass trotz Zentralisierung die bezirkliche Kulturarbeit unverändert geleistet wird, und darüber hinaus durch Synergieeffekte (bessere Akquise von Sponsoren etc.) die kulturelle Arbeit ausgebaut werden kann.

**Beratungsergebnis: Angenommen**